

öffentliche N I E D E R S C H R I F T
VERTEILER:

Körperschaft : Stadt Norderstedt	
Gremium : Sozialausschuss, SOA/030/ X	
Sitzung am : 21.06.2012	
Sitzungsort : Sitzungsraum 1 Rathausallee 50, 22846 Norderstedt	
Sitzungsbeginn : 18:30 n	Sitzungsende : 20:00

Öffentliche Sitzung
Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzende/r	: gez.	Ute Algier
Schriftführer/in	: gez.	Michael Holstein

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Sozialausschuss
Sitzungsdatum	: 21.06.2012

Sitzungsteilnehmer

Vorsitz

Algier, Ute

Teilnehmer

**Flor, Hans-Joachim
Gutzeit, Dagmar
Jäger, Thomas
Kumeth, Kevin-Pascal
Leiteritz, Gert
Rehfeld, Torsten
Schenppe, Volker
Senckel, Karl Heinrich
Vorpahl, Doris
Weber, Oliver
Wendland, Gisela
Zibell, Hans-Joachim**

Verwaltung

**Holstein, Michael
Reinders, Anette
Struckmann, Klaus
Tauschwitz, Jens**

sonstige

Krogmann, Marlis

für Herrn Pauls

für Herrn Kiehm

für Herrn Josov

für Frau Basarici

für Herrn Tyedmers

Protokoll

Zweite Stadträtin

Amt 41

Amt 41

Stadtvertreterin

Entschuldigt fehlten

Teilnehmer

**Basarici, Naime
Josov, Anton
Kiehm, Bernd
Pauls, Ulrich**

Tyedmers, Heinz-Werner

3

Sonstige Teilnehmer

3

4
VERZEICHNIS DER
TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Sozialausschuss
Sitzungsdatum	: 21.06.2012

Öffentliche Sitzung

TOP 1 :

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2 :

Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung sowie Entscheidung über die Nichtöffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

TOP 3 :

Einwohnerfragestunde, Teil 1

TOP 4 : A 12/0216

**Antrag der CDU-Fraktion;
hier: Mietobergrenzen**

TOP 5 :

Psychiatrische Tagesklinik;

TOP 6 :

Wohnraumförderung;

TOP 7 : B 12/0201

**Beratungsstelle pro familia;
Zuschuss 2012**

TOP 8 : M 12/0214

**Integrationsbeauftragte
hier: Bereitstellung eines Budgets**

TOP 9 : M 12/0222

Tätigkeitsbericht 2011 des Seniorenbeirates

TOP 10 :

Einwohnerfragestunde, Teil 2

TOP 11 :

Berichte und Anfragen - öffentlich

TOP 11.1

:

Mietobergrenzen

TOP 11.2

:
Behindertenbeauftragte der Stadt Norderstedt

TOP 11.3

:
2. Halbjahresbericht 2011

TOP 11.4

:
Barrierefreies und bezahlbares Wohnen

TOP 11.5

:
Lebenshilfe Norderstedt

Nichtöffentliche Sitzung

TOP 12 :

Berichte und Anfragen - nicht öffentlich

TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Sozialausschuss
Sitzungsdatum	: 21.06.2012

**TOP 1:
Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende Frau Algier eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder, die anwesenden Gäste sowie die Verwaltungsmitarbeiter und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 13 Mitgliedern fest.

**TOP 2:
Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung sowie Entscheidung über die Nichtöffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte**

Abstimmung über die Tagesordnung:

Bei 13 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

**TOP 3:
Einwohnerfragestunde, Teil 1**

Es werden keine Fragen gestellt.

**TOP 4: A 12/0216
Antrag der CDU-Fraktion;
hier: Mietobergrenzen**

Zu diesem Punkt trägt Herr Tauschwitz den Beschluss des Kreissozialausschusses (Anlage 1) vom 03.05.2012 vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Antrag der CDU-Fraktion nicht weiter zu

behandeln, da er durch die Entscheidung des Kreises überholt wurde.

**TOP 5:
Psychiatrische Tagesklinik;**

Zu diesem Punkt begrüßt die Vorsitzende Herrn von See und Herrn Dr. Schwarz von der Inneren Mission.

Herr von See gibt zunächst einen Überblick über den bisherigen Verlauf der Planungen für eine psychiatrische Tagesklinik in Norderstedt. Diese soll 20 Plätze für Erwachsene und 12 Plätze für Kinder und Jugendliche umfassen.

Nachdem die Innere Mission den Auftrag erhielt, eine derartige Einrichtung in Norderstedt zu errichten, nahm man 2008 erste Kontakte mit der Stadt Norderstedt (Fachbereich Liegenschaften) bezüglich der Grundstücksfrage auf.

Zunächst wurde ein Grundstück im Garstedter Dreieck ins Auge gefasst. Nach einer Diskussion im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr wurde dieser Standort nicht weiter verfolgt. Ein weiteres Grundstück (Europaallee) stand nicht mehr zur Verfügung. Zuletzt wurde der Inneren Mission über die Entwicklungsgesellschaft Norderstedt ein Grundstück im Frederikspark angeboten. Die Grundstückskosten sollen 200,00 €/m² betragen. Es wird ein Grundstück mit einer Größe von 6.200 m² benötigt.

Die Grundstückskosten muss die Innere Mission alleine tragen. Es ist ihr nur möglich, 100 €/m² zu zahlen, da ansonsten die Gesamtfinanzierung gefährdet wäre.

Bisher konnte noch keine Einigung über den Grundstückspreis erzielt werden. Es sollte aber bis Ende September/Anfang Oktober eine verbindliche Vereinbarung getroffen werden, da ansonsten in Aussicht gestellte Fördermittel des Landes anderweitig verwendet würden.

Herr von See weist darauf hin, dass für die Stadt Norderstedt durch die Errichtung der Tagesklinik keine Folgekosten entstehen würden. Die Betreiberkosten werden durch die Krankenkassen getragen, Grundstückskosten durch den Träger.

Der Ausschuss diskutiert die Problematik der Grundstückskosten jedoch ohne Ergebnis.

Herr Dr. Schwarz erläutert den Bedarf für eine psychiatrische Tagesklinik in Norderstedt. Dass dieser besteht, sieht man auch an den Entwicklungen in den Städten, in denen bereits eine solche Einrichtung vorhanden ist.

Die Behandlung der Patienten soll am Tage in der Zeit von 09.00 Uhr bis 16.00 Uhr erfolgen. Dies hat für die Patienten den Vorteil, dass die Bindung im gewohnten sozialen Umfeld erhalten bleibt.

Es werden nur Patienten mit Neurosen und Depressionen behandelt, aber keine Drogenabhängige oder Suizidgefährdete. Auch Behandlungen von Demenzerkrankten werden nicht erfolgen.

Bisher müssen Erkrankte weite Wege in Kauf nehmen, um Hilfe zu bekommen. Formal zuständig ist für Kinder und Jugendliche das Schlei-Klinikum in Schleswig.

Herr Dr. Schwarz weist darauf hin, dass die Tagesklinik nur für die Versorgung der

Norderstedter gedacht ist. Sie soll keine Sogwirkung auf das Umland haben.

Herr Dr. Schwarz unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit einer psychiatrischen Tagesklinik für Norderstedt.

Es muss jetzt auch bald ein Bekenntnis der Stadt kommen. Bisher wurden bereits 45.000 € in die Planungskosten investiert.

Herr Jäger verlässt um 19.15 Uhr die Sitzung.

Herr von See und Herr Dr. Schwarz beantworten noch Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach den Ausführungen von Herrn von See und Herrn Dr. Schwarz ist sich der Sozialausschuss einig, dass die Politik ein Interesse an der Errichtung einer psychiatrischen Tagesklinik hat. Die Thematik soll in der nächsten Sitzung als ordentlicher Tagesordnungspunkt aufgenommen werden. Die Fraktionen können dann hierzu Anträge stellen.

TOP 6: Wohnraumförderung;

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt die Vorsitzende Herrn Heins vom Wohnungsunternehmen Plambeck. Sie bittet ihn, aus seiner Sicht darzustellen, was die Stadt Norderstedt tun kann, um geförderten Wohnungsbau in Norderstedt zu fördern.

Herr Leiteritz verlässt um 19.27 Uhr die Sitzung.

Herr Jäger nimmt ab 19.28 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Herr Heins entgegnet, dass die Stadt zurzeit recht wenig tun kann. Zunächst einmal müsse die Entwicklung der Landesmittel für die Wohnraumförderung abgewartet werden. Es ist noch unklar, welche Richtung die neu gebildete Landesregierung einschlagen wird.

Herr Heins erläutert dann die derzeitige Situation auf dem Kapitalmarkt. Bei den derzeit niedrigen Zinssätzen für Baudarlehen rechnet sich für Investoren der Einsatz von öffentlichen Darlehen nicht.

Er berichtet weiter, dass das Wohnungsunternehmen sich im vergangenen Jahr für 60 Wohnungen Fördermittel beim Land angemeldet hat.

An einem Beispiel für eine 70 m² große Wohnung macht Herr Heins deutlich, dass die vom Land bei der Förderung festgesetzte Obergrenze von 1.265 € für die Baukosten in Norderstedt nicht einzuhalten ist. Es sind hier mindestens 1.700 € erforderlich. Dann ist aber die vorgegebene Miete von 5,10 €/m² Wohnfläche nicht mehr zu halten.

Frau Vorpahl verlässt um 19.35 Uhr die Sitzung und nimmt ab 19.37 Uhr wieder teil.

Herr Heins weist auch noch auf die besonderen Gegebenheiten der Förderbestimmungen in Schleswig-Holstein hin. Hier werden regionale Gegebenheiten seiner Ansicht nach nicht ausreichend berücksichtigt. So sei der Bedarf an geförderten Wohnungen im Hamburger Umland höher als in den ländlicheren Bereichen. Auch sind die Grundstückskosten z. B. in Flensburg niedriger als in Norderstedt, was sich natürlich auch auf die Gesamtkosten niederschlägt.

Der Seniorenbeirat erkundigt sich dann noch nach dem Engagement des Wohnungsunternehmens Plambeck für Seniorenwohnungen. Herr Heins erwidert, dass eine Planung wie das Bielefelder Modell zurzeit nicht angedacht ist.

Als Ergebnis der Ausführungen von Herrn Heins hält die Vorsitzende fest, dass dem Ausschuss im Moment nichts anderes übrigbleibt, als die weitere Entwicklung der Wohnraumförderung in Norderstedt abzuwarten.

TOP 7: B 12/0201
Beratungsstelle pro familia;
Zuschuss 2012

Frau Kühl bedankt sich beim Ausschuss für den beschlossenen Zuschuss. Sie berichtet dann von einem Projekt „Kostenlose Verhütungsmittel für Hartz 4-Empfänger“, das pro familia jetzt gestartet hat.

Beschlussvorschlag

Der Sozialausschuss nimmt den vorgelegten Wirtschaftsplan zur Kenntnis und gewährt der Beratungsstelle pro familia für das Jahr 2012 einen zweckgebundenen Betriebskostenzuschuss bis zur Höhe von 35.673,61 €.

Mittel stehen auf dem Finanzkonto 331000.531800 zur Verfügung. Die Förderung entspricht der des Vorjahres. Bis zum 31.03.2013 ist ein Verwendungsnachweis vorzulegen. Ein eventuelles Guthaben ist (anteilig) der Stadt Norderstedt zu erstatten.

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob der Zuschuss ab 2013 auf eine vertragliche Basis umgestellt werden kann. Hierzu sind Gespräche mit pro familia, dem Land und dem Kreis aufzunehmen.

Abstimmung:

Bei 13 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

TOP 8: M 12/0214
Integrationsbeauftragte
hier: Bereitstellung eines Budgets

Frau Reinders erläutert den Hintergrund für die Vorlage.

Der Sozialausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

TOP 9: M 12/0222
Tätigkeitsbericht 2011 des Seniorenbeirates

Der Sozialausschuss bedankt sich für die sehr detaillierten Jahresberichte des Seniorenbeirates und nimmt diese zur Kenntnis.

**TOP 10:
Einwohnerfragestunde, Teil 2**

Es werden keine Fragen gestellt.

**TOP 11:
Berichte und Anfragen - öffentlich**

**TOP
11.1:
Mietobergrenzen**

Frau Reinders gibt das Schreiben des Kreises zu den Miethöchstgrenzen zu Protokoll.

**TOP
11.2:
Behindertenbeauftragte der Stadt Norderstedt**

Herr Tauschwitz teilt mit, dass derzeit nicht beantwortet werden kann, wann die Behindertenbeauftragte ihre Arbeit wieder aufnehmen kann.

Es wird auch weiterhin der ehemalige Behindertenbeauftragte des Kreises an 1 – 2 Tagen pro Woche Ratsuchenden ehrenamtlich zur Verfügung stehen.

Hierüber wurde der Sozialausschuss auch bereits im letzten Jahr unterrichtet.

**TOP
11.3:
2. Halbjahresbericht 2011**

Die ergänzenden Fragen zum 2. Halbjahresbericht 2011 werden wie folgt beantwortet:

Zu 1:
Seite 5, Fallzahlentwicklung Hilfen zum Lebensunterhalt

Frau Algier bittet um Erläuterung der Steigerung der Grundsicherung im Alter (SGB XII) um 6,93%

Antwort:

Die kontinuierliche Steigerung der Fallzahlen im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsunfähigkeit liegt im bundesweiten Trend. Die Gründe für den Bezug von Grundsicherung sind vielschichtig und in diesem Rahmen nicht darstellbar. In Norderstedt beruhen Neuanträge im Alter oft auf einer mangelhaften/ungeeigneten Vorsorge während einer selbständigen beruflichen Tätigkeit, Neuanträge wegen Erwerbsunfähigkeit stark zunehmend auf psychischen Erkrankungen.

Zu 2:

Seite 6, Fallzahlentwicklung Wohngeld

Herr Kumeth bittet um Erläuterung des Satzes „Die Reduzierung ist auf den Wegfall des Heizkostenzuschusses zurückzuführen.“

Antwort:

Mit der Neuregelung des Wohngeldgesetzes zum 01.01.2009 wurden (wegen gestiegener Energiekosten) neben der Anhebung der Höchstbeträge für Miete und Belastung die Heizkosten über nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder gestaffelte Beträge in die zu berücksichtigende Miete einbezogen. Dadurch errechnete sich in vielen Fällen ein höherer Wohngeldanspruch.

Die im Rahmen der Wohngeldnovelle 2009 eingeführte Heizkostenkomponente wurde mit Wirkung ab dem 1. Januar 2011 aufgrund Art. 22 des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 (siehe Bundesgesetzblatt Jahrgang 2010 Teil I Nr. 63) wieder gestrichen. Die Bundesregierung hatte die Streichung mit gesunkenen Energiekosten begründet.

Für Wohngeldempfänger/innen bedeutete dies, dass sich der Wohngeldanspruch verringerte, da sich durch den Wegfall der Heizkostenkomponente die zu berücksichtigende Miete verringerte. In Fällen, in denen das Wohngeld relativ niedrig war, ergab sich unter Umständen gar kein Anspruch mehr.

Zu 3:

Seite 7, Obdachlosen- und Notunterkünfte

Herr Jäger bittet um Mitteilung, wie hoch die durchschnittliche Verweildauer in einer Obdachlosen- und Notunterkunft ist.

Antwort:

Die Verweildauer in einer Notunterkunft ist von vielen, überwiegend von der Verwaltung nicht beeinflussbaren Faktoren geprägt. Die durchschnittliche Verweildauer ist daher eine reine Zahl ohne Aussagekraft.

Im Wesentlichen werden zwei Personengruppen in die Notunterkünfte aufgenommen:

- Obdachlose
- Der Stadt zur Unterbringung zugewiesene Personen wie z.B. Asylbewerber.

Die Gründe von Obdachlosigkeit sind vielschichtig. Sie bestimmen jedoch maßgeblich die Aufenthaltsdauer. Während z.B. ein von der Polizei aus der Wohnung der Freundin gewiesener junger Mann schnell wieder die Unterkunft verlassen wird kann ein wegen seines Sozialverhaltens als nicht wohnfähig anzusehendes Ehepaar auf Jahre hinaus in der Unterkunft verbleiben, da kein Vermieter bereit ist, einen neuen Mietvertrag abzuschließen.

Der Stadt zur Unterbringung zugewiesene Personen sind in erster Linie Asylbewerber im laufenden Asylverfahren. Hier ist es in der Regel von der Dauer und dem Ergebnis des

Verfahrens abhängig, ob und wann diese Menschen in normale Wohnverhältnisse wechseln können.

Von Januar 2009 bis Mai 2012 wurden 146 Personen in eine städtische Notunterkunft eingewiesen.

Davon befinden sich noch 50 Personen in einer Notunterkunft.

Die Verweildauer :

Bis zu 12 Monaten 35 Personen,

13 bis 24 Monate 11 Personen,

bis 36 Monate 4 Personen.

Von den bis 2008 eingewiesenen Personen befinden sich noch 32 in einer städtischen Notunterkunft.

zu 4:

Seite 12, Jahres-SIV Gesamtjahr 31200 Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II

Seite 13., Jahres-SIV Gesamtjahr 31510 KR soziale Einrichtungen f. Ältere

Herr Josov bittet bei den Personalaufwendungen um Erläuterung der Differenzen (-91,15% und - 100%)

Antwort:

Die Abordnung von Mitarbeitern an das frühere Leistungszentrum (jetzt Jobcenter) ist ausgelaufen. Die Mitarbeiter sind entweder zur Stadt zurückgekehrt oder wurden vom Kreis Segeberg als kommunaler Träger des Jobcenters übernommen.

Durch Ausscheiden des Hausmeisters des Seniorentreffs Kirchenstr. sind die entsprechenden Personalaufwendungen weggefallen. Die Einrichtung wird derzeit von einer anderen Einrichtung mit betreut,

Zu 5:

Seite 15, Jahres-SIV Gesamtjahr 31540 KR soziale Einrichtungen f. Wohnungslose

Herr Josov bittet um Erläuterung der Differenzen 1.066,31% (Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit) und 1.183,12% (Ergebnis).

Antwort:

Die Differenz von 1.066,31% (Ergebnis d. laufenden Verwaltungstätigkeit) und 1.183,12% (Ergebnis) ist entstanden, da der Ansatz bei den Obdachlosen und den Aussiedlern/Ausländern vertauscht wurde. Die Stadt Norderstedt hat mehr Aussiedler/Ausländer als Obdachlose untergebracht.

Des Weiteren sind noch Forderungen der Bewohner offen, die bis zum Jahresende 2011 nicht verbucht werden konnten. Ein Teil der offenen Forderungen wurden auch zum Jahresende ausgebucht, da die Bewohner unbekannt verzogen sind und somit keine Gebühren eingetrieben werden konnten.

Zu 6:

Seite 21, Investive Finanzkonten Plan-Ist-Vergleich 2. Halbjahr 52200 Wohnbauförderung

Herr Josov bittet um Erläuterung dieser Seite.

Antwort:

Es handelt sich bei den Einzahlungen um Rückflüsse der früher gewährten Wohnungsbaudarlehen. Geplant waren hier 456 T€, denen zum Jahresende 1.068 T€, mithin

eine positive Abweichung von 612 T€, gegenüber standen. Ursache sind Sondertilgungen von Wohnungsbauunternehmen in Höhe von ca. 890 T€. Zum Zeitpunkt der Planung war noch nicht sicher, in welcher Höhe Sondertilgungen erfolgen würden, weshalb ein vorsichtiger Ansatz gewählt wurde. Rund 580 T€ flossen erst Mitte Dezember und konnten daher auch im letzten Nachtrag nicht berücksichtigt werden

TOP

11.4:

Barrierefreies und bezahlbares Wohnen

Der Seniorenbeirat hatte in der Sitzung am 19.04.2012 an seine Anfrage vom 17.03.2011 erinnert. Herr Holstein weist auf den Beschluss des Ausschusses in gleicher Sitzung hin und auch auf die Präsentation des Seniorenbeirates zum Bielefelder Modell in der Sitzung am 19.05.2011.

TOP

11.5:

Lebenshilfe Norderstedt

Die Lebenshilfe Norderstedt hat ein Grobkonzept für einen Seniorentagesdienst erarbeitet, um Rentner/innen mit geistigen Behinderungen den Übergang in die neue Lebensphase zu erleichtern. Hierzu wäre zusätzliches Personal nötig. Die Lebenshilfe würde dem Sozialausschuss das Konzept gerne einmal vorstellen.